

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Georg Nüßlein, CSU, Unionsfraktionsvize und Energiepolitiker, gab heute, 14.05.19, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema: „**Klimadialog/CO2-Steuer**“. Das „SWR Tagesgespräch“ führte Mirjam Meinhardt.

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

SÜDWESTRUNDFUNK

Anstalt des öffentlichen Rechts
Radio · Fernsehen · Internet

Multimediale Chefredaktion
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch

Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 14.05.2019

Unionsfraktionsvize Nüßlein zu CO2-Steuer: „Nicht reflexartig in die Tasche greifen“

Baden-Baden: Unionsfraktionsvize Georg Nüßlein (CSU) lehnt eine CO2-Abgabe für den Klimaschutz entschieden ab. Im SWR2 Tagesgespräch sagte Nüßlein, es sei nötig, dass die Menschen bei dem Thema „bei der Stange bleiben“. Die Politik dürfe mit einer CO2-Steuer nicht wieder reflexartig „den Menschen in die Tasche greifen“. Umverteilung sei nicht die Aufgabe von Umweltpolitik. Nüßlein erklärte, es ständen ausreichend Mittel zur Verfügung. Diese sollten genutzt werden, um positive Anreize zu setzen, weniger CO2 zu verbrauchen und so das Klima zu schützen.

Im SWR verteidigte Nüßlein, dass Deutschland 2020 die Klimaschutzziele verfehlt. Der CSU-Politiker sagte, das liege am Atomausstieg. Hier habe man die Ziele nicht an die neuen Voraussetzungen angepasst. Die Regierung arbeite aber daran, die Ziele künftig einzuhalten. Die Kohleverstromung und die Gebäudesanierung seien hier zentrale Punkte.

Dem Entwurf des Klimaschutzgesetzes von SPD-Umweltministerin Schulze erteilte der Unionsfraktionsvize im SWR eine Absage. Dieses Gesetz sei ein reines „Verantwortungsverschiebegesetz“. Frau Schulze nehme sich aus der Verantwortung und die Ressortminister kämen so in eine schwierige „Sandwich-Position“ zwischen Umweltministerin und Finanzminister. Nüßlein sagte, er halte es für besonders schwierig, dass Olaf Scholz „kein Geld für dieses Thema einplant.“ Zum Beispiel bei der Gebäudesanierung sei der Finanzminister nicht bereit, mitzumachen. Es brauche jetzt insgesamt konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz und die fordere er auch bei seinen Kabinettskollegen ein.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Meinhardt: Unsere eigenen Klimaschutzziele werden wir wahrscheinlich verfehlen, trotzdem fehlt so ein bisschen der Zug. Wie leichtfertig hat die Kanzlerin denn die Führungsrolle hier aufgegeben?

Nüßlein: Es ist viel zu einfach, wenn man das so aufzählt. Wir müssen erstmal festhalten, dass wir die 2020-Ziele deshalb verfehlen, weil wir beschlossen haben, dass wir aus der Kernenergie aussteigen wollen. Das ist wichtig und richtig. Aber wir haben damals Ziele nicht angepasst und deshalb müssen wir jetzt zusätzlich Aktivitäten entfalten. Da sind wir, was die Union angeht, gerne bereit, das möglichst zügig zu tun.

Meinhardt: Aber so richtig schnell kommt das Ganze offenbar nicht in Fahrt. Die Deutschen halten aber den Umweltschutz und das Klima für eines der wichtigsten Zukunftsthemen, um nicht zu sagen, das wichtigste Zukunftsthema. Das ist das Ergebnis einer neuen Yougov-Umfrage. Also handelt die deutsche Politik hier fahrlässig?

Nüßlein: Nein, überhaupt nicht. Ich glaube, dass wir sehr wohl überlegt handeln. Das wir etwas tun, was aus meiner Sicht wichtig ist, nämlich, uns Gedanken zu machen, was man auf der einen Seite klimapolitisch tun kann, was man aber auch unter sozialen und wirtschaftlichen Aspekten tun kann. Es ist ganz entscheidend, dass die Menschen bei der Stange bleiben. 80 Prozent sagen uns nach jüngsten Umfragen, Klima ist ein wichtiges Thema, aber nur ein ganz kleiner Teil davon sagt, er ist bereit, dafür etwas abzugeben, sondern schiebt beispielsweise Richtung Industrie und sagt, die müssen das machen. Ganz so einfach wird es nicht werden. Ich glaube aber schon, dass wir allein in diesem Jahr wichtige und richtungsweisende Beschlüsse fassen können und müssen. Da geht es insbesondere um die Frage, wie reduzieren wir zügig die Verstromung der Kohle und wir müssen etwas dafür tun, dass im Gebäudebestand etwas passiert. Da geht es aus meiner Sicht darum, steuerliche Anreize so zu schaffen, dass wir eine höhere Sanierungsrate bekommen. Das ist zentral, denn der Gebäudebestand, die Wärme, ist ein wesentliches Problem und das wollen wir gemeinsam angehen.

Meinhardt: Diese Probleme liegen aber ja schon lange auf dem Tisch. Das wissen wir alles seit Jahren. Es werden auch seit Jahren die gleichen Patentrezepte präsentiert und irgendwie scheint das trotzdem nicht zu reichen. Frau Schulze möchte jetzt bis Ende des Jahres dieses Klimaschutzgesetz, glauben Sie, das wird machbar sein?

Nüßlein: Nein. Dieses Klimaschutzgesetz ist kein Maßnahmengesetz, sondern ist ein reines Verantwortungsverschiebegesetz. Da geht es darum, dass sich Frau Schulze aus der Verantwortung nimmt, die anderen Ressortminister für Verantwortlich erklärt und das Schlimmste daran ist, die kommen dann in eine Sandwichposition zwischen der Chefin, der Umweltministerin auf der einen Seite und dem Finanzminister auf der Seite, der kein Geld für dieses Thema einplant. Was ich für ganz besonders schwierig halte und es fehlt, wie beispielsweise bei dem Thema Gebäudesanierung, das ich angesprochen habe. Da ist der Finanzminister nicht bereit mitzumachen. Wir brauchen das aber, weil wir sonst gar keine Möglichkeit haben, in diesem Bereich etwas zu tun. Und es hat natürlich haushälterische Konsequenzen. Deshalb kann man nicht einfach die Geschäftsordnung der Bundesregierung in ein Gesetz schreiben und noch ein paar Ziele dazu, sondern wir müssen konkrete Maßnahmen machen. Wir mahnen seitens meiner Fraktion seit Wochen, Monaten, diese konkreten Maßnahmen immer wieder an.

Meinhardt: Aber die hören irgendwie nicht auf Sie?

Nüßlein: Ja, das ist bedauerlich, aber das wird sich ändern, denke ich, weil der Druck wirklich groß ist. Wir nehmen diesen Druck sehr wohl wahr. Wir nehmen ihn auch auf und deshalb bin ich überzeugt, dass sich da was tun wird.

Meinhardt: Frau Schulze sagt jetzt beispielsweise, eine CO2-Abgabe könnte eine Möglichkeit sein. Es ist nicht die einzige Maßnahme, aber eine davon. Da hat die CSU auch schon gesagt, mit Ihnen wird das nicht gehen. Glauben Sie, dass das nichts bringt?

Nüßlein: Ist es denn ein Rezept, einfach wieder das zu tun, was Politik reflexartig macht, nämlich den Menschen in die Tasche zu greifen? Wir können momentan nicht mal sagen, wo man die Menschen genau hinlenken wollen, weil es die Elektroautos nicht in diesem Ausmaß gibt, die Infrastruktur nicht, den Strom nicht, all die Dinge. Trotzdem sind wir jetzt an der Diskussion angelangt wo wir sagen, wir machen es einfach teurer und dann wird sich schon was entwickeln.

Meinhardt: Naja, jetzt sagt..

Nüßlein: Lassen Sie mich das kurz sagen. Wir nehmen staatlicherseits, auf Bundesebene, 44 Milliarden Euro rein aus dem Verkehrsbereich ein. Da muss doch genügend Spielraum sein, positiv anzureizen, Steuer zu senken, dass was man haben will, positiv zu begleiten und nicht die einen zu belasten, die sich vielleicht gar nicht wehren können. Was soll denn die Familie auf dem Land, die sich bisher nur einen gebrauchten Diesel leisten kann, was soll die denn tun?

Meinhardt: Genau das ist es ja, was Frau Schulze machen will. Sie will dafür sorgen, dass die Leute, die sich das nicht leisten können, das Geld zurückkriegen. Das heißt, Sie glauben nicht, dass die SPD da ihr Angebot tatsächlich wahrmacht und das Geld tatsächlich zurückzahlt?

Nüßlein: Also, erstens: Umverteilung ist nicht die Aufgabe von Umweltpolitik. Zweitens: Ich bleib bei meinem Beispiel auf dem Land, wenn sie da wieder belastungsneutral zurückzahlen, haben sie ja auch nichts erreicht. Dann wird es keine Lenkungswirkung in diesem Maße geben. Deshalb ist das nicht das Mittel der Wahl. Wir haben genügend Steuereinnahmen. Wir können diese Steuereinnahmen positiv nutzen, um da zu senken, wo wir die Menschen hinhaben wollen. Da bin ich fest davon überzeugt. Das ist ein gutes Konzept. Wir belasten nicht die, die nicht flexibel sind, weil sie gar kein Geld haben, beispielsweise und sorgen dafür, dass die, die investieren wollen, sich das gut überlegen. Übrigens sind Steueranreize in Deutschland ein wirklich funktionierendes, probates Mittel, um Lenkungswirkung zu erreichen.

Meinhardt: Der Verband kommunaler Unternehmer spricht sich für eine CO2-Abgabe aus. Daimler strebt bis zum Jahr 2039 eine klimaneutrale Neuwagenflotte an. Es gibt viele, viele andere Beispiele. Auch der EON-Chef fordert einen CO2-Preis. Ist die Wirtschaft also weiter als die Politik?

Nüßlein: Nein, die Wirtschaft tut sich ein bisschen leichter bei dem Punkt, glaube ich. Da kann man leicht mal irgendwas formulieren, wenn man es am Schluss nicht zahlen muss. Die machen das auch deshalb, weil sie die Sorge haben, dass das was die Menschen im Hinterkopf haben, dass die Industrie die Leistungen und den Aufwand tragen muss, dass sie das abwenden wollen. Das halte ich für nicht richtig, dass wir jetzt immer von einem zum anderen schieben, sondern ich glaube, Klimaschutz ist ein so wichtiges Thema, dass man es jetzt nicht mit einer „Gelbwestendiskussion“, mit Protesten, mit teuren Preisen an der Tankstellen überlasten soll, sondern dass wir die Menschen wirklich positiv lenken und etwas dafür tun, dass wir nicht über Gebühr belasten, sondern Innovationen anreizen. Wir brauchen ja erstmal diese Innovationen. Wir können doch nicht mit dem CO2-Preis anfangen und dann sagen, es wird sich schon irgendwas entwickeln, was alternativ beispielsweise die Individualmobilität auf dem Land erhält. Das funktioniert so jedenfalls aus meiner Sicht nicht.

- Ende Wortlaut -